

CHRISTINE OBERERER/STEFAN KURZKE-MAASMEIER/
CHRISTOF MANDRY

„Baustelle Sozialstaat – Sozialethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände“.

Das 15. Forum Sozialethik vom 12. bis zum
14. September 2005 in der Kommende Dortmund

Mit der ethischen Reflexion des Sozialstaates unter dem Titel ‚Baustelle Sozialstaat – Sozialethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände‘ bearbeitete das 15. Forum Sozialethik ein zentrales Thema der Christlichen Sozialethik, das gegenwärtig auch in politischen und gesellschaftlichen Debatten sehr präsent ist. In der Dortmunder Kommende fanden sich wieder junge Wissenschaftler aus der Christlichen Sozialethik, aber auch aus der evangelischen Theologie, der Philosophie und der Sozialen Arbeit ein, um Thesen aus der eigenen Werkstatt vorzustellen und zu diskutieren. Inhaltlich gliederte sich das Programm der von Christof Mandry, Stefan Kurzke-Maasmeier und Christine Oberer vorbereiteten und geleiteten Tagung in Beiträge zu den normativen Grundlagen des Sozialstaates und zu sozialethischen Fragestellungen gesellschaftlicher Bereiche sowie einzelner Handlungsfelder.

Das Referat von *Johannes Frühbauer* (Augsburg) zur Relevanz der Egalitarismuskritik für sozialethische Gestaltungsprinzipien markierte den Auftakt der Tagung. Frühbauer skizzierte zunächst grundlegende Begriffe wie ‚soziale Ungleichheit‘, Walzers Verständnis ‚komplexer Gleichheit‘ und die egalitaristische Idee gleicher Lebensaussichten für alle. Vor diesem Hintergrund erörterte Frühbauer anschließend die Variationsbreite zeitgenössischer Gerechtigkeitsphilosophischer Positionen zu zulässigen sozialen Ungleichheiten. Einen Versuch, die Sozialstaatsdebatte aus christlicher Sicht neu zu beleben, unternahm *Elmar Nass* (Bochum) mit der Fragestellung, wodurch sich ein legitimer Sozialstaat auszeichnet. Nass situierte dazu den Sozialstaat in einem Spannungsverhältnis von Effizienz und Solidarität. Normativ knüpfte er an einem starken Begriff der Menschenwürde an, deren Durchsetzung den Wohlfahrtsstaat legitimiere und einen Rechtsanspruch auf Verteilungsgerechtigkeit begründe. Nass diskutierte das begründungs-offene Verständnis der Menschenwürde anhand des Gegensatzes objektivistischer (näher aristotelisch-thomistischer und kantianischer) und subjektivistischer (beispielsweise vertragstheoretischer) Ansätze. Sein eigenes Verständnis auf dem Fundament des christlichen Menschenbildes umschrieb Nass als „humangerechten Ansatz“, in dem der Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft mit dem Befähigungsansatz von Amartya Sen zum Ziel der Chancengleichheit zusammengebracht werde. Im anschließenden Beitrag setzte sich *Axel Bohmeyer* (Frankfurt) unter Bezug auf Habermas’ These der postsäkularen Gesellschaft mit dem Wiedererstarken des Religiösen auseinander. Diese Ansicht wurde nicht zuletzt im Gefolge des 11. Septembers 2001 und angesichts des gesellschaftlichen Einflusses der religiösen Rechten in den USA von den nationalen Feuilletons aufgegriffen. Bohmeyer konstatierte angesichts des Böckenförde-Paradoxons vom säkularen Verfassungsstaat, der von Grundlagen zehrt, die er selbst nicht herstellen kann, dass der normative Hintergrund der deutschen Gesellschaft wichtiger sei, als deren finanzielle Spielräume. Rückblickend stellte Bohmeyer fest, dass Nell-Breunings normative Idee eines ‚sozialtemperierten Kapitalismus‘ zur Entwicklung der Sozialstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland geführt habe. Welchen Einfluss heute ein Wiedererstarken der Religion auf ein mögliches Revival der normativen Basis des Sozialstaates habe, hänge wesentlich davon ab, welche Kompetenzen den Kirchen zugetraut würden. Für die

derzeitige ‚Renaissance des Religiösen‘ sei bezeichnend, dass sie sich an den kirchlichen Institutionen vorbei im individualistisch-weltflüchtigen Raum vollziehe und primär der individuellen Kontingenzbewältigung diene. Aspekte der Vergemeinschaftung würden dagegen immer weiter zurücktreten.

Als erster Referent im Tagungsteil ‚Gesellschaft‘ sprach *Eike Bohlken* (Weingarten) zur Gemeinwohlpflicht wirtschaftlicher Eliten. Bohlken umriss zunächst den Inhalt des Gemeinwohls als Gewährleistung kultureller Autonomie materieller und immaterieller Art und plädierte dann für eine Koppelung des Gemeinwohls an die Gerechtigkeit im Sinne der basalen Chancengleichheit inklusive deren politischer Operationalisierung, statt diese als gegensätzliche Pole unterschiedlicher Sozialstaatsbegründungen zu verstehen. Notwendige Bedingung dieser Koppelung sei die Einhaltung der Gemeinwohlorientierung, die Bohlken in einer Zwischenstellung zwischen Rechts- und Tugendpflichten verankert wissen wollte. Als Beispiel für eine Gemeinwohlpflicht diskutierte Bohlken die Wahlpflicht. Wegen der hohen Transaktionskosten und auf Grund des Kennzeichens von Gemeinwohlpflichten in tugendhafter Übererfüllung des rechtlich Gebotenen sprach er sich gegen deren rechtliche Regulierung aus. Anschließend stellte *Thomas Wienhardt* (Neuburg) eine empirisch basierte Arbeit vor. In seinem Beitrag ging er der Frage nach, inwieweit NGO-Netzwerke als sozialetische Steuerungsinstrumente dienen können. Am Beispiel von Misereor stellte er die polyzentrische Netzwerkstruktur ihrer Einbindung in Pfarrgemeinden vor und versuchte, in verschiedenen Typologien die daraus erwachsenden Solidaritätsressourcen zu quantifizieren. Ausgehend von der Prämisse, dass sozialetische Prinzipien in der Arbeit des Hilfswerkes und dessen Außenbeziehungen Geltung haben und Relevanz bei der Aushandlung von Entscheidungen besitzen, beleuchtete Wienhardt die steigende politische und gesellschaftliche Bedeutung international tätiger Nichtregierungsorganisationen. Deren Pfadfinderfunktion machte er in ihrer Impulsgebung für die Institutionengestaltung aus und differenzierte die Gruppierungen anhand ihres unterschiedlichen Einwirkens auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen durch Aktivierung ihres sozialen Kapitals in aktive, reaktive und passive Gruppierungen. Ebenfalls mit Organisationen setzte sich *Armin Schneider* (Siegburg) in seinem wirtschaftsethischen Referat auseinander. Unter Verweis auf die grundsätzliche Dominanz des wirtschaftlichen Sektors reflektierte er die ethischen Ansprüche innerhalb von Organisationen kritisch und brachte dabei die Frage nach struktureller Gewalt auf. Seine Ausführungen stützte er auf die These der ‚corporatocracy‘, der Unternehmensherrschaft. Anhand der *Corporate citizenship*-Doktrin wies er kritisch auf die zunehmende Privatisierung des Sozialstaates hin. Im dritten Tagungsteil, in dem es um praktische Handlungsfelder im Sozialstaat ging, setzte sich *Stefan Kurzke-Maasmeier* (Berlin) mit sozialetischen Überlegungen zum Programm aktivierender Sozialer Arbeit auseinander. Er warnte vor der zunehmenden Exkludierung ganzer Bevölkerungsgruppen sowie der Tendenz, gesellschaftliche Probleme zu individualisieren. In der Leitperspektive der sozialen Gerechtigkeit forderte er, insbesondere verletzte Gruppierungen zu befähigen und deren eigene Selbsthilferessourcen zu mobilisieren. Kurzke-Maasmeier wies auf die Ambivalenzen der Subsidiarität und deren Absicherung durch staatlich gesetzte Rahmenbedingungen hin. Eine gerechtigkeitsethisch fundierte Soziale Arbeit habe die primäre Aufgabe, einen Zugewinn an subjektiv-moralischer und politischer Freiheit durch Konzepte ermächtigender Unterstützung (*Empowerment*) zu schaffen. Dies setze allerdings voraus, dass wesentliche Grundgüter und Zugangsrechte bereits vorhanden sind. Soziale Arbeit müsse deshalb zuvörderst Zugangsgerechtigkeit für benachteiligte Personen(gruppen) schaffen, damit diese an wesentlichen sozioökonomischen Gütern, vor allem in den Bereichen Gesundheitsversorgung, politische Teilnahme, Bildung etc., partizipieren könnten.

Da der gesamte Diskussionsverlauf des Forums von Fragen geprägt war, die nicht nur den Sozialstaat als politisches und normatives Konstrukt, sondern vielmehr das Selbstverständnis der Christlichen Sozialethik als solcher berührten, erklärte sich *Christoph*

Hübenthal (Nijmegen) spontan bereit, dazu mit einer kurzen Einführung an die Debatten und Überlegungen der Foren der vergangenen Jahre anzuknüpfen. In einer kurzen Skizze stellte er sein theologisch fundiertes Verständnis der Christlichen Sozialethik vor und regte damit eine fruchtbare Diskussion unter den TeilnehmerInnen zur Verortung ihrer jeweiligen Positionen an.

Den Abschluss des Forums bildete *Christiane Becker* (München) mit einem Beitrag zur Familienpolitik mit besonderem Fokus auf die Genderperspektive. Nach einer sozialwissenschaftlichen Einführung zu den Funktionen und Leistungen der Familie analysierte Becker die aktuellen familienpolitischen Leistungen und Angebote hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Gender-Verteilung familiärer und elterlicher Verantwortung sowie der Aufgaben in der Haushaltsführung. Mit Bezug auf die programmatischen Positionen im Bundestagswahlkampf 2005 und die in ihnen vorherrschenden Familienleitbilder, die in ihren Grundaussagen traditionell differieren, verwies Becker auf die demographische Bedeutung der familiären Reproduktion und entsprechende politische Interessen. Unter gerechtigkeitsethischer Perspektive verwies sie auf die bestehende Geschlechterdiskrepanz bei der Inanspruchnahme von Elternzeiten und Opportunitätskosten der Elternschaft bezüglich sozialer Akzeptanz, Einkommen oder Karriere. Becker forderte daher, in der Familienpolitik das Gewicht nicht nur auf die Bedarfs- und Verteilungsgerechtigkeit, sondern verstärkt auch auf die Geschlechtergerechtigkeit zu legen.

Die Tagung konnte zwar die Unübersichtlichkeit auf dem Baustellengelände des Sozialstaates nicht beseitigen, aber in den Beiträgen und Diskussionen gelang es dennoch, entscheidende Fragestellungen für die Debatte über die normativen Grundlagen und die Ausgestaltung des Sozialstaates auszumachen. So wurde der Blick dafür geschärft, wieder stärker aus der spezifisch sozialetischen Perspektive zu argumentieren und das Feld nicht ausschließlich der Politik und der Ökonomie zu überlassen. Die Referate werden (ergänzt um weitere Beiträge) im Herbst 2006 in der Reihe ‚Forum Sozialethik‘ im Aschendorff-Verlag veröffentlicht.